

KAB in Niedersachsen

Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) in Niedersachsen setzt sich zusammen aus dem Diözesanverband Hildesheim, dem Landesverband Oldenburg und dem Diözesanverband Osnabrück.

Liebe Leser*innen,

die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) in Niedersachsen bietet Ihnen mit den Monatsimpulsen Denkanstöße rund um das Thema soziale Gerechtigkeit. Darunter summieren sich Teilaspekte wie menschenwürdige Arbeit, eine solide Absicherung im Alter oder auch der Schutz des Sonntags.

Die Gesellschaft verändert sich und wir müssen Antworten auf diese Prozesse finden. Wir stellen uns daher Fragen über die Zukunft der Arbeit, deren sozialverträgliche Organisation sowie zur Neubewertung verschiedener Formen der Arbeit, wie gemeinwohlorientierte, private oder klassische Erwerbsarbeit. Eine Antwort auf diese Fragen finden Sie beispielsweise in unserem Modell der Tätigkeitsgesellschaft. Auch das mit anderen katholischen Verbänden entwickelte Rentenmodell gibt Änderungsvorschläge zu Missständen in unserer Gesellschaft.

Wir laden Sie an dieser Stelle dazu ein, unsere Impulse zu diskutieren, mit uns ins Gespräch zu kommen und unsere Ideen und Konzepte in Ihre persönlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen mitzunehmen.

Gott segne die christliche Arbeit!



Stephan Eisenbart; Landessekretär
KAB Landesverband Oldenburg

Monatsimpuls 03 | 2021

Arbeitsschutzkontrollgesetz mit Licht und Schatten

Endlich - so muss man sagen - hat der Gesetzgeber auf die seit vielen Jahren von der KAB und anderen Verbänden, von Gewerkschaften und anderen Organisationen sowie von Einzelpersonen wie z.B. Prälat Peter Kossen erhobenen Forderungen nach einer gesetzlichen Regulierung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten in der Fleischindustrie reagiert und das Arbeitsschutzkontrollgesetz in Kraft gesetzt. Alle Selbstverpflichtungen und andere Zusagen der Branche haben jahreslang nicht gefruchtet, von einzelnen Betrieben einmal abgesehen. Traurig, dass es erst durch massive Corona-Ausbrüche in Schlachthöfen angestoßen wurde, aber immerhin: Seit dem 1. Januar 2021 sind Werkverträge in der Fleischwirtschaft verboten und - mit ein paar Ausnahmen - seit dem 1. April 2021 auch Leiharbeit.

Lichtblicke

Viele ehemalige Werkvertragsbeschäftigte sind in dem Zuge in die Stammelegenschaften der Schlacht- und Verarbeitungsbetriebe übernommen worden. Manch dubioser bzw. krimineller Vermittler von Arbeitskräften wurde so kalt gestellt. Zusätzlich gibt es nun eine Pflicht zur elektronischen und manipulationssicheren Arbeitszeiterfassung und -aufbewahrung, um z.B. die Einhaltung von Mindestlohnvorschriften besser kontrollieren zu können. Auch Mindestanforderungen und Dokumentationspflichten für Gemeinschaftsunterkünfte wurden konkretisiert.

Schattenseiten

Nun darf man sich aber nicht der Illusion hingeben, dass dadurch plötzlich alles gut wäre, dass sich der Umgang mit den Beschäftigten von einem Tag auf den anderen um 180° gedreht hätte. Der Teufel liegt wie immer im Detail verborgen: hier in der konkreten Umsetzung. Wie sehen denn die Arbeitsverträge und -bedingungen aus, zu denen die übernommenen Arbeitskräfte nun beschäftigt werden? Und da zeigt sich offenbar, dass es noch kein generelles Umdenken bei allen Arbeitgebern gibt. So beklagt Prälat Kossen, dass es häufig keinen ordentlichen Betriebsübergang von den Werkvertragsfirmen zu den neuen Firmen gebe. Erworbene Rechte werden dadurch „auf Null gefahren“, dass sich die Arbeitskräfte komplett neu bewerben mussten, mit Probezeit und allen damit verbundenen Unsicherheiten. Von Gewerkschaftsseite hört man, dass Tarifverträge nur für Gewerkschaftsmitglieder angewandt, alle anderen aber nur zum Mindestlohn beschäftigt werden. So entsteht erneut eine Zweiklassen-Belegschaft.

Nicht zu vergessen, dass das Arbeitsschutzkontrollgesetz die Werkvertragsarbeit zunächst nur in der Fleischindustrie verbietet und Missstände auch in vielen anderen Branchen an der Tagesordnung sind.

Integration als Zukunftsaufgabe

Fortschritte gibt es, aber nach wie vor auch viel zu tun. Wenn es gelingt, dass Menschen zu uns kommen und bleiben wollen, so wird es in Zukunft darauf ankommen, diese in unsere Gesellschaft zu integrieren, damit keine Parallelwelten entstehen:

Eine Aufgabe für uns alle!